

**Stadt Bergisch Gladbach**

**Der Bürgermeister**

Datum

**26.09.2012**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Dienstag, 24.04.2012**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:05 Uhr - 19:30 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 26.01.2012 sowie aus der Sitzung am 01.03.2012 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2012 - öffentlicher Teil**  
*0202/2012*
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 5.1**    **Frauenpolitische Informationen**  
*0201/2012*
  
- 6**      **Wohnungspolitisches Handlungskonzept - RBK 2020 - Arbeitsgruppe  
Wohnungsmarkt**  
*0181/2012*
  
- 7**      **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte  
- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße /  
Hauptstraße**  
*0167/2012*
  
- 8**      **Jahresbericht 2011 der GL Service gGmbH**  
*0197/2012*
  
- 9**      **Verwendungsnachweis zur Arbeit des Ex-Azubi-Stammtisches**  
*0135/2012*
  
- 10**     **Anträge der Fraktionen**
  
- 10.1**   **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Einführung eines Löwenpasses für  
mehr Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, an außerschulischer Bildung und  
Mobilität für Menschen in Notlagen**  
*0210/2012*
  
- 11**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**
  
- 11.1**   **Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Prüfauftrag zur Richtlinie der Stadt  
Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem  
Asylbewerberleistungsgesetz ab 01.01.2012  
hier: Anfrage, wie die Richtlinie so ausgestaltet werden kann, dass der bisher  
begünstigte Personenkreis und die Förderzwecke weiter ermöglicht werden**  
*0211/2012*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Vorsitzende stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest. Die Vorsitzende teilt mit, Frau Fahner werde sich wegen eines Paralleltermins voraussichtlich etwas verspäten.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 26.01.2012 sowie aus der Sitzung am 01.03.2012 - öffentlicher Teil -

Beide Niederschriften werden einstimmig, bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion, genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2012 - öffentlicher Teil 0202/2012

Die Ausschussmitglieder nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

#### 4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Dr. Werheit macht auf eine Veranstaltung am 11. Mai 2012 aufmerksam und weist diesbezüglich auf den den Ausschussmitgliedern vorliegenden Flyer hin. Sie führt aus, Bergisch Gladbach sei neben der Region Hamburg-Harburg Modellregion in dem Forschungsvorhaben RegioProjektCheck, in dem es um die räumliche Wirkung von politischen Entscheidungsabläufen im regionalen Zusammenhang gehe. Im Rahmen verschiedener Werkstattreihen biete der Veranstalter am 11. Mai eine Werkstatt zum Thema „Interkommunale Kooperation“ an. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund des unter TOP 6 vorzustellenden Berichts zum Zwischenstand der regionalen kreisweiten Kooperation zum Wohnungspolitischen Handlungskonzept interessant sowie andererseits auch mit Blick auf den auf Kreisebene entstehenden Gedanken, eventuell auch im Bereich der Gewerbeentwicklung eine regionale Kooperation auf den Weg zu bringen.

Herr Ziffus merkt an, er habe schon in anderen Planungsprozessen kritisiert, dass Veranstaltungen quasi parallel zum Rat mit Akteuren stattfänden. Er wünsche sich stattdessen Hearings im Rahmen der dafür zuständigen Ausschüsse, bei denen natürlich auch Akteure gehört werden könnten. Frau Dr. Werheit weist darauf hin, dass sich wegen der kreisweiten Bedeutung und des regionalen Zusammenhangs eine Koordination der Ausschüsse aller Städte und Gemeinden kaum realisieren lasse. Bei der Fachveranstaltung handele es sich um ein Angebot der Institute des Forschungsvorhabens, das parallel zu politischen Entscheidungsabläufen zu sehen sei.

#### **5.1. Frauenpolitische Informationen** *0201/2012*

Frau Schneider stellt unter Hinweis auf die auf Seite 8 der Einladung getroffene Feststellung der Notwendigkeit von Betreuungsmöglichkeiten ab dem ersten Lebensjahr folgende Anfrage an die Verwaltung:

**Wie ist mit Bezug auf Bergisch Gladbach die Äußerung des Bundesministeriums für Soziales, Frauen und Jugend, dass die Schaffung von Betreuungsangeboten, die vor allen Dingen für Alleinerziehende, die eine Vollzeittätigkeit realisieren möchten, zwingend notwendig sei, mit der Herdprämie zu vereinbaren?**

Frau Schneider weist ergänzend darauf hin, die Herdprämie reiche ggf. zum Lebensunterhalt nicht aus. Auch Bergisch Gladbach habe zu wenige KiTa-Plätze für kleine Kinder.

Herr Ziffus stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:

**Gibt es eine Studie, die die Auswirkungen der Ganztagsbetreuung auf Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder mit problematischen Familienstrukturen untersucht hat?**

Die Vorsitzende kündigt eine schriftliche Beantwortung an (2 Anlagen).

#### **6. Wohnungspolitisches Handlungskonzept - RBK 2020 - Arbeitsgruppe** **Wohnungsmarkt** *0181/2012*

Frau Holtzmann begrüßt Frau Feldmann, die die Ergebnisse bzw. den bisherigen Arbeitsstand der Arbeitsgruppe Wohnungsmarkt in Form einer Powerpoint-Präsentation (*Anlage*) vorstellt. Frau Feldmann erläutert zunächst, das Projekt sei aus dem Strategieprozess RBK 2020 „Fit für die Zukunft“ entstanden. Im September 2010 sei eine Durchführungsvereinbarung aller Bürgermeister im Kreis sowie der Kreisverwaltung und weiterer Akteure des Wohnungsmarktes unterzeichnet und im Juli 2011 durch ein Strategiepapier konkretisiert worden. Aus dem Prozess seien die Arbeitsgruppen „Wohnen im Alter“ mit dem Thema Wohnraumberatung für Senioren und die Gruppe „Wohnungsmarkt“ entstanden.

Alle Kommunen stünden bei mehr oder weniger begrenzten finanziellen Ressourcen vor ähnlichen Herausforderungen wie Alterung der Gesellschaft, Bevölkerungsrückgang oder Stagnation, wobei im gegenseitigen Austausch ein konstruktiver Lernprozess entstehen könne. Das mit dem Projekt verbundene Ziel sei die Weiterentwicklung des Rheinisch-Bergischen Kreises als attraktiver Wohnstandort, die Entwicklung von gemeinsamen Strategien und die Abstimmung von

Handlungsansätzen, so dass letztendlich auch kreisweit anzuwendende Grundlagen für politische, planerische, ökonomische und soziale Entscheidungen dargestellt werden sollten.

Frau Feldmann stellt die aus der Anlage ersichtliche Organisationsstruktur vor und weist zusätzlich darauf hin, die Koordinierungsstelle beim Kreis sei aktuell für eine Nachbesetzung ausgeschrieben.

Frau Feldmann führt weiter aus, es sei geplant, in Schwerpunktthemen zu arbeiten und alle zwei bis drei Jahre einen kleinen Wohnungsmarktbericht zu erstellen. Aktuelles Thema seien Einfamilienhausgebiete aus den 50er bis 70er Jahren mit einer alternden Bevölkerung. Ziel sei es, daraus Handlungsbedarfe abzuleiten. Die Darstellung der Berichte solle auch einen kreisweiten Vergleich ermöglichen.

Eine Datengrundlage, so berichtet Frau Feldmann weiter, sei eine einheitliche Gebietsgliederung, so dass auch Strukturen miteinander vergleichbar seien.

Um den Arbeitsaufwand bei den Kommunen gering zu halten, sei die zentrale Bearbeitung der Daten beim Kreis vorgesehen.

Frau Feldmann erläutert den Punkt „Datenerhebung“ anhand des anhängenden Schaubilds. Bergisch Gladbach verzeichne in den vergangenen Jahren im Gegensatz zu manch anderer Kommune noch ein geringes Bevölkerungswachstum mit leichten Schwankungen. Die Betrachtung der relativen Entwicklung der Einwohnerzahlen zeige jedoch bei allen Kommunen einen ganz ähnlichen Kurvenverlauf: die Anzahl der ab 80-Jährigen steige, wohingegen die Anzahl der Kinder bis 6 Jahre rückläufig sei.

Frau Feldmann erläutert die Immobiliendaten anhand des beigefügten Schaubilds.

Nach den Kriterien „Einfamilienhausgebiete der 50er bis 70er Jahre“, „hoher Anteil älterer Bevölkerung“ und „erwarteter Bevölkerungsrückgang“ seien von allen Kommunen Untersuchungsgebiete jeweils zwischen 200 und 300 Gebäuden und zwischen 130 und 1.080 Einwohnern benannt worden. Für Bergisch Gladbach seien die Gebiete Max-Planck-Straße und Breslauer Straße/Eschenbroicher Straße untersucht worden. In beiden Gebieten liege das Durchschnittsalter über dem Stadtdurchschnitt, zudem seien sie deutlich unterrepräsentiert im Bereich „Kinder und Jugendliche“. Zwecks abschließender Durchführung einer Stärken-/Schwächen-Analyse der Gebiete seien die detailliertere Einschätzung der Alterstruktur und der erkennbaren Bausubstanz sowie die Untersuchung der infrastrukturellen Anbindung geplant. Letztlich sei ein interkommunaler Vergleich der Gebiete vorgesehen sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen, da wahrscheinlich die meisten Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert seien.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Feldmann für die interessanten Daten.

Herr Waldschmidt äußert seitens der SPD-Fraktion die Vermutung, dass die Effektivität eines weiteren Gremiums, an dem sich die Stadt vorliegend beteilige, relativ klein sei. Des Weiteren halte er einheitliche Handlungsempfehlungen wegen der Unterschiedlichkeit der einzelnen Kommunen sowie innerhalb Bergisch Gladbachs auch einzelner Stadtteile - wie einerseits Refrath und Frankenforst und andererseits Herkenrath - für wenig sinnvoll. Angesichts der im Wohnbaulandkonzept bereits gegebenen Handlungsempfehlungen und der seitens der Verwaltung dargestellten personellen Engpässe halte er die Beteiligung der Stadt an diesem weiteren Gremium nicht für angemessen. Herr Waldschmidt möchte wissen, welchen Arbeitsaufwand die Stadtplanung für dieses neue Betätigungsfeld aufbringe. Dem gegenüber sei die in der letzten Sitzung beschlossene integrierte Verkehrsplanung priorisiert zu verfolgen.

Herr Ziffus plädiert dafür, zusätzlich über das wohnungsbaupolitische Konzept kreisweit nachzudenken, insbesondere vor dem Hintergrund der Nähe und der Zuzüge aus Köln als Ballungsraum. Insofern sehe er die Koordination innerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises sehr positiv. Bezogen auf Bergisch Gladbach stelle er die Frage, warum ausgerechnet besonders periphere Regionen betrachtet wurden. Er könne sich vorstellen, dass auch der Bereich zwischen der S-Bahn und dem Hermann-Löns-Gelände sehr interessant sei, weil laut ISEK-Studie gerade in dem Bereich Korridore zur Wohnungsentwicklung gefördert werden sollten. Herr Ziffus schlägt vor, diesen derzeit sehr dünn besiedelten Bereich, der sich von der Struktur der S-Bahn her geradezu anbiete, für eine offensive Wohnungsmarktentwicklung in die Untersuchungen einzubeziehen.

Herr Dr. Fischer stimmt Herrn Waldschmidt zu, dass viele der geplanten Aktivitäten bereits im Wohnbaurandkonzept enthalten seien. Natürlich sei es wichtig, Daten für das zukünftige Vorgehen zu erheben, aber ihm sei unklar, wer die Adressaten für die gemeinsamen Strategien und Handlungsempfehlungen seien. Herr Dr. Fischer bittet auch um Darstellung der finanziellen Auswirkungen und ggf., ob diese im Budget enthalten seien.

Herr Dr. Bernhauser befürwortet interkommunale Zusammenarbeit nicht nur bei beispielsweise der Gewerbegebiets- oder Schulentwicklungsplanungen, sondern auch im Bereich des Wohnungswesens. Die Notwendigkeit interkommunaler Zusammenarbeit zeige auch das Beispiel des in Kürten-Spitze geplanten Gewerbegebiets, das eben auch Auswirkungen auf die Wohnqualität in Herkenrath und Moitzfeld habe. Herr Dr. Bernhauser führt weiter aus, in der Vorlage scheine es vor allem um den Eigentumswohnungsmarkt zu gehen. Er fragt, ob unter den in der Vorlage genannten Akteuren auch eine Lobby für Mieter vertreten sei.

Auch Herr Tschorny findet, dass die auf Seite 16 genannten Interessenverbände ihre Interessen stärker geltend machen könnten, er frage sich, welche Interessen in der AG Wohnungsmarkt überhaupt vertreten würden. Vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der Sozialwohnungen in NRW in den vergangenen 12 Jahren um 50 % zurückgegangen sei und die Einkommen im Verhältnis zu den Wohnkosten immer weiter auseinanderliefen, stelle er sich die Frage, was die Stadtverwaltung unternehme, um dem entgegenzuwirken und Wohnraum insbesondere für junge Familien bezahlbar zu machen.

Herr Kamp fragt nach dem Zweck dieses Handlungskonzepts und ob die Stadt mit diesem Konzept überhaupt handlungsfähig sei, auf den Markt zu reagieren? Wichtige Fragen seien auch, wie sich die Stadt bei dem überproportionalen Bau von Alten- und altengerechten Wohnungen verhalte und wie gerade in Bergisch Gladbach wieder jüngere Mitbürger und Mitbürgerinnen angesiedelt werden könnten. Herr Kamp regt nachdrücklich an, die Verwaltung solle sich den Kernaufgaben u.a. „Verkehrskonzept“ und „Flächennutzungsplan“ widmen.

Frau Dr. Werheit bezieht sich zur regionalen Kooperation auf die zuvor von Herrn Dr. Bernhauser getroffenen Feststellungen und berichtet, ausschlaggebend für das wohnungspolitische Handlungskonzept seien die Förderrichtlinien des Landes zur Wohnungsbauförderung gewesen, d.h. bevorzugte Förderung von Regionen, die wohnungspolitische Handlungskonzepte insbesondere im regionalen Zusammenhang vorlegen könnten. Wegen des letztlich gemeinsamen kreisweiten Nutznießens sei die gemeinsame Erarbeitung des Konzeptes vereinbart worden. Bergisch Gladbach liege in einer Wohnungsmarktregion, die sich insbesondere in der Abhängigkeit von Köln sehr deutlich gemeinsam aufstellen müsse. Es gehe darum, gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln und zu einer miteinander abgestimmten Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene zu kommen. Regionale Kooperation sei immer ein sehr sensibler Prozess. Wegen der ohnehin zu erhebenden Datenuntersuchungen sei diese Aufgabe auch gut mit der Arbeit der Stadtentwicklung vereinbar. Es gebe einige Parallelitäten zwischen den regulären und den für das Projekt zu erledigenden Arbeiten. Für die Projektarbeit seien zurzeit 6-10 Stunden/Monat vorgesehen. Über die genannte beim Kreis

angesiedelte Stelle sei zukünftig durch Arbeitsentlastung und interkommunalen Arbeitsaustausch ein weiteres Nutznießen zu erwarten.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Bernhauser und Herrn Tschorny berichtet Frau Dr. Werheit, Interessenverbände wie Haus und Grund und auch der Mieterverein seien in den Prozess einbezogen worden, wobei sich letzterer nicht ganz so intensiv an dem Verfahren beteiligt habe. Frau Dr. Werheit kündigt an, gerade den Mieterbund noch einmal aktiv in den laufenden Prozess einzubeziehen.

Bezogen auf Herrn Waldschmidts Frage führt Frau Dr. Werheit aus, ähnlich der Situation beim Wohnbaulandkonzept gebe es unterschiedliche Handlungsräume, für die bei gleichen Herausforderungen typisierende Handlungsempfehlungen gegeben werden könnten. Das genau sei die Herangehensweise, sich auf vergleichbare Untersuchungsgebiete zu konzentrieren und sich angesichts unterschiedlicher Erfahrungen gegenseitig zu unterstützen.

Auf die Frage von Herrn Ziffus antwortet Frau Dr. Werheit, es gehe in der Untersuchung tatsächlich um die Problemgebiete, in denen möglicherweise zukünftig keine Nachfrage mehr zu erwarten sei. Dies seien eher peripher gelegene Gebiete, bei denen sich besondere Strukturdaten bereits abzeichneten.

Frau Dr. Werheit informiert weiter, neben den genannten Arbeitsstunden seien die reinen Budgetkosten für das Projekt mit 0 Euro angesetzt.

Herr Ziffus fragt an, ob die Entwicklung der Treibstoffpreise bei teilweise nicht besonders ÖPNV-freundlichen Siedlungsstrukturen eine Rolle in der Planung spiele, insbesondere mit Blick auf die Attraktivität für Familien.

Herr Schmickler erinnert zunächst daran, dass es sich vorliegend um ein Projekt als regionale Aufgabe des Rheinisch-Bergischen Kreises handelt, da der Kreis sich gemäß den Bestimmungen der Landespolitik mit der Wohnungsbauförderung zu beschäftigen habe. Das Land fordere solche regionale Kooperationen im Bereich des Wohnungsbaus und der Wohnungspolitik und die Entwicklung zeige, dass die regionale Kooperation in ihrer Bedeutung wachse. Das Ziel solcher Bemühungen, so führt Herr Schmickler weiter aus, sei es aus seiner Sicht, Informationen für das politische Handeln zu geben, damit insbesondere die Räte als Entscheidungsträger die Belange der gesamten Region bewerten und zu deren Bestem entscheiden könnten. Dieser Weg brauche Vertrauen, das wachsen müsse, wie man auch an der heutigen Diskussion sehe. Herr Schmickler drückt seine Hoffnung aus, dass die Politik einen Beitrag dazu leiste, dass die Stadt Bergisch Gladbach als kooperationswillige Partnerin regional wahrgenommen werde.

Hinsichtlich der Möglichkeiten zum konkreten Wohnungsbau, so führt Herr Schmickler weiter aus, sei insbesondere für eine kreisweit abgestimmte Baulandpolitik zu sorgen, d.h. eine gute, bedarfsgerechte und regionale ausgewogene Wohnbauland- und damit Wohnungsbaupolitik sei ein ganz wesentlicher Beitrag zu einer wirtschaftlich guten Versorgung mit Wohnungen.

Auf die Frage von Herrn Tschorny antwortet Herr Schmickler, es sei nicht richtig, dass die Wohnungen um die Hälfte zurückgegangen seien, vielmehr seien sie aus der Belegungsbindung herausgefallen und damit auch wirtschaftlich ein Stück weit aus dem Regime der Wohnungsbauförderung.

Herr Waldschmidt hält es für sinnvoller, anstelle des alle zwei bis drei Jahre angekündigten kleinen Wohnungsmarktberichts sich vorrangig mit der Thematik zu beschäftigen, dass der Bedarf an Sozialwohnungen nach wie vor etwa gleich geblieben sei, wohingegen die Situation, dass immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfielen, fortgesetzt werde.

Insofern seien ja auch schon Vorschläge gemacht worden. Er denke beispielsweise daran, dass die Stadt der RBS günstiges Bauland zur Verfügung stelle, die diese befähige zu Kosten bauen, die eine Kostenmiete im gesetzlichen Rahmen ermöglichen. Die Datengrundlagen seien ja bereits bekannt. Herr Waldschmidt meint, eher solle diesbezüglich eine Handlungsmaxime aufgebaut werden als in neuen Kreisen und mit neuen Akteuren Altbekanntes erneut zu behandeln.

Herr Schmickler bestätigt, es gebe selbstverständlich, wie auch aus den vorgestellten Grafiken zum Kreisgebiet ersichtlich, Zusammenhänge zwischen den Mobilitätskosten und der

Siedlungsentwicklung. Bei Betrachtung der sich aus der regionalen Kooperation ergebenden Daten sei festzustellen, dass es inzwischen im Kreisgebiet in den periphereren Bereichen Gebiete gebe, in denen große Vermarktungsprobleme bestünden. Dies gelte sowohl für unbebaute, aber auch für erschlossene Grundstücke als auch für Bestandsimmobilien.

Die RBS betreffend weist Herr Schmickler auf die bodenpreisabhängige Komponente der Wohnungsbauförderung hin sowie die Notwendigkeit des Erhalts von Fördermitteln. Diese und die regionale Kooperation stünden in der Wohnungsbaupolitik jedoch in einem Zusammenhang, weshalb er noch einmal darum bitte, das wohnungspolitische Handlungskonzept mitzutragen.

Auf Anfrage von Herrn Ziffus antwortet Herr Schmickler, dass das Umfeld des Wachendorffgeländes nach der aktuellen Entwicklung nicht für den Bau einer Suchtklinik zur Verfügung stehe. Die Nähe zur S-Bahn sei nicht nur ein positiver Standortfaktor für das Wohnen, sondern auch für eine gewerbliche Nutzung. Die planungsrechtliche Umsetzung sei noch in der Diskussion.

Auf Herrn Kamps Anfrage nach einem marktgerechten Erscheinen des Handlungskonzeptes berichtet Herr Schmickler, der Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach sei insgesamt relativ stabil.

Die Vorsitzende resümiert, dass der Ausschuss den Fokus auf den Flächennutzungsplan und das Verkehrskonzept richte.

7. **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte**  
**- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße /**  
**Hauptstraße**  
*0167/2012*

Die Vorsitzende weist auf die im AUKV und im Planungsausschuss gestellten Anträge der Fraktionen und die jeweilige Vertagung hin. Herr Dr. Bernhauser ergänzt, die Verwaltung sei gebeten worden, weitere Berechnungen durchzuführen, z.B. den T-Knoten bzw. die Ampellösung Einmündung Odenthaler Straße/Hauptstraße zu bearbeiten. Von der Kreiselösung habe sich die CDU-Fraktion verabschiedet, weil es eine eher langfristige und sehr kostenintensive Lösung wäre. Die CDU bevorzuge eine funktionale, kostengünstige und zeitnahe Lösung, weshalb auch ein Auftrag der CDU-Fraktion an die Verwaltung laute, die Linksabbiegemöglichkeit von der Odenthaler Straße Richtung Herrenstrunden in einer Testphase mit einer Einbahnstraßenregelung für den Mühlenberg und Vollmühlenweg in die Hauptstraße aufzunehmen. Der Rückstau dort liege nach Auffassung der CDU-Fraktion zumindest zum großen Teil daran, dass nur einspurig abgebogen werden könne. Sobald die Baustelle Hauptstraße/Sanderstraße beendet sei, könne diese Testphase laufen. Die Verwaltung solle auch während der Zeit der Testphase die weiteren Kosten- wie Funktionalitätsberechnungen durchführen. Ansonsten sei eine Vertagung sinnvoll.

Herr Ziffus begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich diese Testphase. Eine solche Regelung werde den Vollmühlenweg erheblich entlasten. An der T-Kreuzung, so führt Herr Ziffus weiter aus, habe es bisher keine realen Staus gegeben, die Wartezeit dort betrage maximal zwei Ampelphasen. Insofern sei die T-Kreuzung an der Einmündung Odenthaler Straße/Hauptstraße vollkommen ausreichend, einer solchen Lösung werde seine Fraktion zustimmen. Eine Veränderung dort dürfe aber nach Auffassung der Fraktion nicht dazu führen, dass das Waatsack-Gebäude verschwinde. Eine leichte Verschiebung entlang des Strundeweges, so dass ein Caree mit Kino entstehe mit einem großen Innenhof, könne eine sehr attraktive Lösung sein. Vielleicht gebe es über europäische Fördertöpfe hier sogar die Möglichkeit,

ein kleines Kulturzentrum unter Einbeziehung des Waatsacks und des verdeckt noch vorhandenen ursprünglichen Kinosaals zu schaffen.

Herr Waldschmidt hält für die SPD-Fraktion weiter an der ursprünglichen Planung eines Kreisverkehrs fest, allerdings müsse die Diskussion - insbesondere auch um die Anbindung des Geländes an der Feuerwache - bei einer Vertagung jetzt nicht weiter geführt werden. Bezüglich der Einbahnstraßenführung Am Mühlenberg/Vollmühlenweg könne die Abbiegemöglichkeit nach links und rechts in einer Testphase nur weitere Erkenntnisse bringen.

Herr Waldschmidt führt weiter aus, er sei verwundert über die neuerlichen Ausführungen der Verwaltung, zwischen dem Konrad-Adenauer-Platz und dem neuen Platz werde eine Konkurrenzsituation gesehen. Es handele sich um Plätze mit völlig anderer Funktionalität. Ihn habe auch gewundert, wie man mit zwei Bürgern umgegangen sei, die Vorschläge unterbreitet hätten. Die Art und Weise, in der man sich damit auseinandergesetzt habe, sei nach seiner Meinung schon fast unanständig. Anstatt bürgerschaftliches Engagement wirklich entgegenzunehmen und sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen das in Grund und Boden zu schreiben mit bestellten Stellungnahmen von so genannten Gutachtern, die hier in Abhängigkeit von der städtischen Verwaltung stünden, das meine er, sei nicht der richtige Weg, wie man mit Bürgerinnen und Bürgern umgehen könne. Die Vorschläge seien bei der Vorstellung von Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv entgegen genommen worden. Deshalb meine er, die Verwaltung und auch die Stadtplanung solle sich eines anderen Umganges mit den Bürgerinnen und Bürgern bemüßen.

Herr Kamp macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, außer dem Verkehrsproblem auch das städtebauliche Problem in die Planung einfließen zu lassen, so z.B. die fehlende Attraktivität der Geschäfte an der oberen Hauptstraße. Deshalb werde es begrüßt, das gesamte Gelände im Großen aufzustellen, auch inklusive des Feuerwehrgeländes. Herr Kamp merkt an, ihm fehle hier ein Planungsziel. Was die Anregungen wirklich unabhängiger und fachlich hoch qualifizierter Bürger angehe, solle man diese vorbehaltlos betrachten und das Positive aus den Vorschlägen herausholen. Im Übrigen befürworte er eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Dr. Karich erklärt, dass die FDP-Fraktion ganz eindeutig hinter der Ampellösung stehe, die sowohl im Sinne der Verflüssigung des Verkehrs als auch die Kostenseite betreffend die beste Lösung sei.

Herr Schmickler antwortet auf die Frage von Herrn Kamp, die Beratung dieses Themas im Ausschuss solle eine Grundlage sein, um endlich den Planungsprozess der städtebaulichen Rahmenplanung für die Stadtmitte weiterführen und abschließen zu können. Erst nach einer Entscheidung für eine der beiden Lösungen für den Knotenpunkt der Hauptstraße mit der Odenthaler Straße könne die individuelle städtebauliche Auswirkung aufgezeigt werden. Zwischen beiden Lösungen bestünden in der Auswirkung erhebliche Unterschiede.

Herr Schmickler wendet sich an Herrn Waldschmidt und bemerkt, er habe sich über dessen Wortmeldung gewundert. Nach seiner Auffassung verhielten sich diese Stellungnahmen von Frau Prof. Drey, von Herrn Prof. Prinz und von Herrn Ortlepp ausschließlich zu den konkreten Planvorschlägen und nicht zu den Personen. Herr Waldschmidt hingegen habe sich zu den Personen verhalten und deren sachliche Unabhängigkeit öffentlich in Frage gestellt. Herr Schmickler stellt fest, diese Aussage Herrn Waldschmidts weise er im Interesse der drei sehr renommierten Personen sehr deutlich zurück.

Auch die Verwaltung habe sich in den letzten Monaten von bestimmten Personen viel unangemessene und persönliche Kritik anhören müssen. Die Verwaltung habe sich hingegen jeglicher Kritik an den Personen ganz bewusst enthalten. Insofern gehe seine - Herrn Waldschmidts - Kritik ins Leere.

Herr Ziffus unterstützt Herrn Schmickler in seiner Stellungnahme zur Qualifikation und Unabhängigkeit der genannten Personen ausdrücklich.

Frau Holtzmann beendet die Diskussion.

Auch unter Bezugnahme auf die Beratungen in der AUKV-Sitzung am 18.04. und die Sitzung des Planungsausschusses am 19.04.2012 und auf der Grundlage des positiv entschiedenen Antrages der CDU-Fraktion in der AUKV-Sitzung am 18.04.2012 fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, in der Straße „Am Mühlenberg/Vollmühlenweg“ eine Einbahnstraßenlösung testweise einzurichten.**

Darüber hinaus fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

**Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.**

## **8. Jahresbericht 2011 der GL Service gGmbH** *0197/2012*

Frau Holtzmann begrüßt Herrn Andreas Kuhlen. Dieser stehe stellvertretend für Herrn Dekker zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Herr Tschorny bezieht sich auf Seite 21 der Einladung. Die dort thematisierten „AGH“ seien seines Wissens nur ein netteres Wort für 1-Euro-Jobs. Dazu möchte er anmerken, dass in 1-Euro-Jobs nur zusätzliche Arbeiten verrichtet werden dürften, was nach seinen Beobachtungen in der Stadt Bergisch Gladbach nicht immer der Fall sei. Herr Tschorny zitiert ein Urteil des Bundessozialgerichts, wonach Hartz-IV-Empfänger, die zu nicht zusätzlichen Arbeiten herangezogen würden, berechtigt seien, Nachforderungen an den branchenüblichen Lohn zu stellen. Er finde es auch sehr merkwürdig, dass es laut Vorlage als Erfolg dargestellt werde, dass es zur Nichtbewilligung von Leistungen von SGB II führe, wenn die vom Jobcenter zugewiesenen Personen nicht zu AGH bei der GL Service gGmbH erschienen seien. Herr Tschorny zitiert die ihm bekannten Kürzungen durch das Jobcenter nach den §§ 31 ff. SGB II. Weil diese Menschen ohne die AGH ab dem Tage der Antragstellung beim Jobcenter Sofortleistungen nach dem SGB II erhalten würden, halte er es für moralisch sehr bedenklich, es als Erfolg der GL Service gGmbH herauszustellen, dass die Betroffenen sanktioniert werden.

Herr Waldschmidt nimmt Bezug auf die weiteren Aktivitäten und den Ausblick. Ihm liege ein Konzept für den Betrieb einer Radstation mit Stand 02.09.2011 vor. Herr Waldschmidt fragt, warum das Konzept nicht im Ausblick erwähnt sei, ob es ggf. nicht weiterverfolgt werde. Ggf. hätte er dazu noch weitere Fragen.

Herr Dr. Bernhauser dankt für den Bericht und geht von der Einigkeit der Ausschussmitglieder aus, dass die GL Service gGmbH eine sinnvolle und notwendige Arbeit in Bergisch Gladbach leiste. Es seien lohnenswerte Aufgaben, denen sich die GL Service gGmbH stelle. Er könne auch die Frage nach der Radstation nachvollziehen, müsse allerdings sagen, dass diese bisher in der Gesellschafterversammlung noch nicht thematisiert worden sei, weshalb es ihn als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung auch gewundert hätte, in dem vorliegenden Bericht etwas darüber zu lesen.

Festzustellen sei, dass die GL Service gGmbH positive Bilanzen schreibe. Jahr für Jahr erziele man geringe Überschüsse, die zeigten, dass auch eine wirtschaftliche Verantwortung wahrgenommen und die Stadt in vielen Dingen entlastet werde.

Herr Schmickler bemerkt zum Thema Radstation, er habe Gelegenheit gehabt, mit Herrn Dekker die ihm bereits bekannten Fragen zu besprechen. Herr Dekker habe ihn gebeten, wenige Bemerkungen dazu zu machen. Es handele sich in der Tat um ein Projekt, das die GL Service gGmbH parallel zur Stadtverkehrsgesellschaft noch verfolge. Die Stadtverkehrsgesellschaft würde es bauen, die GL Service gGmbH würde es mieten und betreiben. Die einzelnen Modalitäten seien noch im Gespräch. Herr Schmickler erklärt, es stehe ihm nicht zu, den Beratungen in den Gremien der GL Service gGmbH vorzugreifen, aber die Geschäftsführung werde zu gegebener Zeit auf das Gremium zukommen und das Konzept des Betriebes, der Anmietung und auch die dazugehörigen Modalitäten beraten. Einzelne Punkte seien noch Gesprächsgegenstand inoffizieller Gespräche zwischen den beiden Geschäftsführungen. Deshalb sei es wenig sinnvoll, in öffentlicher Sitzung darüber zu verhandeln.

Herr Kuhlen nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Tschorny und informiert, Arbeitsgelegenheiten sei der Begriff, den der Gesetzgeber wählte, wohingegen der Begriff 1-Euro-Job im Volksmund häufig genutzt werde. Die GL Service gGmbH und wohl auch die von ihr im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten betreuten Menschen hörten diesen Begriff nicht so gerne, weil es eben ganz deutlich sei, dass dieser eine Euro auch vom Gesetzgeber her eine so genannte Mehraufwandspauschale und kein Lohn sei. Es sei richtig, dass Arbeitsgelegenheiten gemeinnützig, zusätzlich und wettbewerbsneutral sein müssten. Selbstverständlich beachte die GL Service gGmbH diese Punkte. Herr Kuhlen erläutert das umfängliche Bewilligungsverfahren gegenüber dem Jobcenter Rhein-Berg. Die von Herrn Tschorny angesprochene Zusätzlichkeit sei gewährleistet und müsse der Geschäftsstelle des Jobcenters Rhein-Berg regelmäßig dargelegt werden. Diesbezüglich habe es in den sieben Jahren seit der Einführung des SGB II keinerlei Beanstandungen gegeben. Bei „Sofort Aktiv“ handele es sich um ein so genanntes Sofortangebot nach dem § 15 a SGB II, was vorgesehen sei, um für Menschen, die sich neu arbeitslos meldeten, keine Zeit des passiven Verharrens während der Antragsbearbeitung zu schaffen, sondern ein direktes Arbeitsangebot zur Verfügung zu stellen, u. a. auch um die Möglichkeit zu verbessern, erneut in Arbeit zu kommen. Es sei bekannt, dass man sich aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus sehr viel leichter in ein neues Arbeitsverhältnis hineinverhandeln könne. Insofern sei die Zielstellung des Sofortangebots des Jobcenters Rhein-Berg auch, diesen Menschen eine Brücke in einen neuen Job zu bauen.

Herr Dr. Fischer bemerkt für die FDP-Fraktion, diese empfinde die Tätigkeiten der GL Service gGmbH als eine Sache des guten Zwecks und der sozialen Verantwortung. Die FDP-Fraktion hoffe, dass die GL Service gGmbH auch in Zukunft so weitergeführt werden könne, auch was die Bilanz angehe. Herr Dr. Fischer gratuliert für die FDP-Fraktion Herrn Kuhlen zu der geleisteten Arbeit und bedankt sich dafür.

Herr Kamp hält die GL Service gGmbH für eine unbedingt notwendige Einrichtung für Bergisch Gladbach. Selbst wenn lediglich zehn Arbeitslose im Jahr eine Stelle erhielten, habe die Firma ihr Ziel erreicht. Herr Kamp dankt für die geleistete Arbeit. Als ein kleines Problem sei die Entlohnung der Geschäftsführung anzusehen. Man gehe davon aus, diese Tätigkeit könne von den Angestellten oder Beamten der Stadt während deren Arbeitszeit und ohne zusätzliche Entlohnung erledigt werden.

Herr Waldschmidt bittet die Vorsitzende, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, weil er etwas sagen wolle, was in die Nichtöffentlichkeit gehöre.

Die Vorsitzende stellt um 18.41 Uhr die Nichtöffentlichkeit her. Es folgt der im nicht öffentlichen Teil dargestellte Diskussionsverlauf. Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 18.53 Uhr wieder her.

Herr Kuhlen betont, er freue sich über die vielen positiven Beiträge der Ausschussmitglieder zur Arbeit der GL Service gGmbH, dafür bedanke er sich herzlich. Zu Herrn Kamps Nachfrage zum Risikomanagement der GL Service gGmbH führt Herr Kuhlen aus, dass in 2012 lediglich die Maßnahme Sofort Aktiv weggefallen sei, dadurch nicht berührt seien aber die Arbeitsgelegenheiten, die sicherlich auch zum Kernbereich der GL Service gGmbH gehörten. Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Rhein-Berg sei aufgrund der Kürzungen in deren Eingliederungstitel gerade in diesem Jahr problematisch. Insofern sei ein vorausschauendes und steuerndes Risikomanagement wichtig. Für 2012 seien Bereiche z.B. der ambulanten Hilfen zur Erziehung und der Mensabetriebe breiter aufgestellt, zusätzlich zu den Aufträgen der Bundesanstalt für Arbeit in Abhängigkeit von deren Eingliederungstitel.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Kamp berichtet Herr Kuhlen, die GL Service gGmbH bilde zum Koch/zur Köchin oder zur Fachkraft für Systemgastronomie und zum Bürokaufmann/zur Bürokauffrau aus. In diesem Bereich sei die GL Service gGmbH weiterhin sehr bemüht, auch Ausbildungsplätze für benachteiligte Menschen zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Kuhlen.

9. **Verwendungsnachweis zur Arbeit des Ex-Azubi-Stammtisches**  
*0135/2012*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

10. **Anträge der Fraktionen**

10.1. **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Einführung eines Löwenpasses für mehr Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, an außerschulischer Bildung und Mobilität für Menschen in Notlagen**  
*0210/2012*

Die Vorsitzende bezieht sich auf den vorliegenden Antrag und schlägt vor, diesen mit Blick auf die Haushaltsberatungen zu vertagen.

Herr Tschorny widerspricht einer Vertagung, schlägt aber als Entgegenkommen vor, über die drei Punkte des Antrages getrennt abzustimmen. Herr Tschorny dankt der Verwaltung für den Vorschlag, die Bezieher nach dem Bundeskindergeldgesetz § 6a und die Anspruchsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz mit einzubeziehen, er stelle aber auch fest, dass die Stadtverwaltung gewisse Schwierigkeiten insbesondere hinsichtlich des Personalaufwands sehe bei der Berechnung für die so genannten Geringverdiener. Herr Tschorny merkt an, er sei gerne bereit, über das Kurzkonzept in Verhandlung zu treten.

Herr Waldschmidt schließt sich der Auffassung der Vorsitzenden an und **beantragt** für die SPD-Fraktion

**die Vertagung auf die kommende Sitzung.**

Herr Dr. Bernhauser schließt sich der Vertagung an. In der letzten Sitzung des ASSG sei auch der Haushalt vertagt worden, daraus ergebe sich natürlich für haushaltsrelevante Beschlussfassungen deren entsprechende Vertagung.

Dem widerspricht Herr Ziffus, nach dessen Rechtsauffassung der Finanzausschuss keine Ausgaben beschließen könne, für die es keine Fachausschussbeschlüsse gebe.

Vom Inhalt her gebe es nach seiner Auffassung nahezu identische Vorstellungen über den Löwenpass, DIE LINKE./BfBB habe das Recht, hierüber abstimmen zu lassen.

Herr Dr. Bernhauser stellt fest, der Rat habe im Rahmen seiner Beschlüsse zum Nothaushalt den Löwenpass abgeschafft. Übrig geblieben seien nur die wenigen Mittel zur schulischen Förderung der Kinder von Asylbewerbern. Er könne sich nicht vorstellen, dass es möglich sei, durch einen jetzt zu fassenden Beschluss, den Löwenpass wieder einzuführen, den Ratsbeschluss zum Nothaushalt zu konterkarieren. Er spreche sich für eine Vertagung aus, dann habe der Antrag vielleicht noch eine Chance.

Frau Schöttler-Fuchs macht den Vorschlag, den Antrag zu vertagen und bis zur nächsten Sitzung in einem zu bildenden interfraktionellen Arbeitskreis gute Argumente zu sammeln und auszutauschen. Herr Dr. Bernhauser erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Tschorny meint, der Ausschuss könne doch jederzeit einen anders lautenden Beschluss fassen und schlägt noch einmal die getrennte Abstimmung der drei Beschlusspunkte vor. Herr Hastrich führt aus, der Ausschuss könne selbstverständlich zu jeder Zeit zu jedem auf der Tagesordnung stehenden Sachverhalt Beschlüsse fassen. Die Frage sei allerdings, ob die Beschlüsse Rechtskraft entfalten könnten. Es gebe einen Beschluss des Rates im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes 2011, der die Aufhebung der „Löwenpass“-Richtlinie vorsehe. Wer Teile des Haushaltssicherungskonzeptes aufheben wolle, brauche einen Ratsbeschluss und müsse zugleich festlegen, an welcher Stelle der aufgehobene HSK-Beschluss durch einen anderen haushaltswirksamen Beschluss ersetzt werden solle. Auch sei ein solcher Beschluss immer vorbehaltlich der verfügbaren Haushaltsmittel zu fassen. Eine Auszahlungsgrundlage dafür existiere nicht, es sei denn, der Rat stelle wiederum, auch auf Empfehlung des Ausschusses ggf. vor der nächsten Sitzung des HFA und des Rates, die Haushaltsmittel zur Verfügung. In diesem Fall seien zwei Komponenten zu beachten: Entweder gelinge es dem Rat, ein genehmigungsfähiges HSK zu beschließen, was ihn befähige, Mittel für den Löwenpass zur Verfügung zu stellen. Gelingt es nicht, im Rat ein genehmigungsfähiges HSK zu beschließen, brauche der Rat für die Neueinführung dieser Mittel die Zustimmung der Kommunalaufsicht, weil es sich um eine neue freiwillige Leistung handle. Herr Hastrich wiederholt, man müsse die materielle und die inhaltliche Seite trennen. Materiell lasse sich die Sache ausschließlich über das Haushaltsrecht klären, die inhaltliche Seite könne man durchaus zu jeder Zeit formulieren. Insofern greife er gerne den Vorschlag von Frau Schöttler-Fuchs auf, sich über die Inhalte der Richtlinie sowie Prioritätensetzung zu verständigen. Dazu gebe es mittlerweile eine Vielzahl von zum Teil deckungsgleichen Vorschlägen. Für den Fall der Bereitstellung von Haushaltsmitteln sei dann deren Verwendung auch möglich.

Herr Tschorny dankt Herrn Hastrich für diese Ausführungen und schlägt deshalb vor, zumindest über Punkt b) des Antrages abzustimmen.

Die Vorsitzende schlägt vor, auch zu Punkt b) die Ergebnisse aus dem interfraktionellen Arbeitskreis abzuwarten.

Herr Tschorny spricht sich dafür aus, jetzt endlich abzustimmen. Frau Bischoff erinnert an den vorliegenden Vertagungsantrag. Herr Ziffus hält im vorliegenden Fall eine Vertagung laut Geschäftsordnung für unmöglich.

Herr Hastrich regt zwecks Vermittlung zwischen beiden Standpunkten an, dass im Mai mit der Absicht ein interfraktioneller Arbeitskreis terminiert werde, dort die Inhalte möglichst breit abzustimmen, so dass die Verwaltung in der Lage sei, für die nächste Ausschusssitzung einen

inhaltlichen Vorschlag für die Ausgestaltung der Richtlinien zu machen. Damit sei der Ausschuss wiederum in der Lage, rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen eine sachlich-fachliche Position zu beziehen. Dies ermögliche eine Verständigung darüber, ob und in welcher Höhe ggf. Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollten.

Die Vorsitzende bezieht sich auf den Vertagungsantrag der SPD und erklärt, es sei aus ihrer sich die bessere Lösung, zu vertagen.

Herr Tschorny stimmt dem interfraktionellen Arbeitskreis unter der Bedingung zu, dass es nicht rechtens wäre, über den vorliegenden Antrag seiner Fraktion abzustimmen.

Die Vorsitzende ist sicher, dass die Abstimmung über den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion mit der Geschäftsordnung vereinbar ist und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Auf der Grundlage des SPD-Antrages fassen die Ausschussmitglieder mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste ordentliche Sitzung des ASSG vertagt.**

Herr Ziffus hält das Verfahren, über einen Fraktionsantrag in eine Vertagung zu gehen, nach wie vor für unrechtmäßig und bittet die Verwaltung um Klärung anhand der Kommentare zur Gemeindeordnung. Die Vorsitzende stellt ungeachtet der von ihr angenommenen Rechtmäßigkeit des Vorgehens eine Prüfung in Aussicht.

Die Fraktionen verständigen sich darauf, in den interfraktionellen Arbeitskreis gemeinsam mit der Verwaltung jeweils einen Vertreter bzw. Vertreterin zu entsenden.

Herr Hastrich schlägt zum praktischen Vorgehen vor, dass die potentiellen Arbeitskreismitglieder der einzelnen Fraktionen unmittelbar nach der Sitzung mit ihm einen Termin abstimmen. Die übrigen Fraktionen lade er dann zu dem Termin ein.

Die Vorsitzende drückt ihre Freude über das Zustandekommen des Arbeitskreises aus und bittet die Fraktionen entsprechend nach der Sitzung um Terminabstimmung mit Herrn Hastrich.

## **11. Anfragen der Ausschussmitglieder**

### **11.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Prüfauftrag zur Richtlinie der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz ab 01.01.2012** **hier: Anfrage, wie die Richtlinie so ausgestaltet werden kann, dass der bisher begünstigte Personenkreis und die Förderzwecke weiter ermöglicht werden** *0211/2012*

Herr Tschorny bezieht sich auf die vorliegende Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB und bittet um Mitteilung, wann der Prüfauftrag endlich umgesetzt werde. Es stehe bereits in der Niederschrift zum ASSG vom 17.11.2011, dass nicht nur die LINKE./BfBB davon ausgehe, dass der Auftrag an die Stadtverwaltung nicht umgesetzt wurde. Herr Tschorny zitiert eine entsprechende Textpassage auf Seite 13 der Niederschrift vom 17.11.2011. Herr Tschorny weist darauf hin, die Stadtverwaltung habe diese Aufgabe zu erledigen.

Herr Hastrich legt dar, die wiederholte Stellung der gleichen Frage führe nicht zu anderen Antworten. Er könne nachvollziehen, dass das Ergebnis für die Fraktion unbefriedigend sei. Deshalb solle ja der unter TOP 10.1 vereinbarte Versuch gemacht werden, über den Weg des

interfraktionellen Arbeitskreises zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Aus der Perspektive der Stadtverwaltung sei die Prüfung vorgenommen. Diese komme zu dem in der Sitzung des ASSG am 17.11.2011 vorgestellten Ergebnis.

Herr Ziffus fragt, was die Verwaltung konkret unternehme, um eine höhere Besiedlungsdichte und unter Umständen auch angemessenen sozialen Wohnungsbau im Bereich um den S-Bahnhof Duckterath zu erreichen.

Frau Dr. Werheit berichtet, was die wohnungspolitischen Entwicklungen betreffe, werde sich die Verwaltung zunächst einmal an dem beschlossenen Wohnbaulandkonzept ausrichten. Herr Ziffus fragt nach konkreten Maßnahmen. Frau Dr. Werheit berichtet, zurzeit seien für diesen Bereich keine konkreten Maßnahmen vorgesehen, weil einerseits dort bisher kein besonderer Schwerpunkt gesehen wurde, andererseits auch im Moment die Kapazitäten zur Erstellung einer konkreten Konzeption fehlten. Sicher werde sich die Verwaltung im Rahmen des Flächennutzungsplans mit dem Thema auseinandersetzen.

Bezüglich einer Anfrage von Herrn Tschorny betreffend die Fallzahlen der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien im Haushaltsplanentwurf bittet Herr Hastrich darum, die Anfrage im zuständigen Jugendhilfeausschuss zu stellen.

Herr Kamp bezieht sich auf einen Antrag, wonach die Stadt für finanziell nicht gut gestellte Familien Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen solle. Er bittet um Informationen zum Sachstand. Frau Dr. Werheit antwortet, die Verwaltung habe keinen konkreten Auftrag zu diesem Thema bekommen. Grundsätzlich sei es aber so, dass aufgrund der finanziellen Situation die Stadt solche Grundstücke nicht zur Verfügung stellen könne.

Herr Tschorny bezieht sich auf einen im Haupt- und Finanzausschuss von den Fraktionen der CDU und der FDP gestellten Antrag, die Personalkosten im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten zu senken. Herr Tschorny fragt, warum dieses Thema nicht im ASSG behandelt werde, der ASSG sei auch für die Gleichstellung zuständig und nicht nur unter Haushaltsgesichtspunkten. Frau Fahner führt aus, wenn sie sich richtig erinnere, gehe es in dem Antrag nicht darum, die Stellen zu reduzieren, zumindest nicht im ersten Schritt, sondern die Anfrage habe sich auf das gesetzliche Mindestmaß bezogen. Dieses müsse nach ihrer Kenntnis zunächst geklärt werden.

Herr Waldschmidt fragt ergänzend, ob es beabsichtigt sei, die Auswirkungen, die eine solche Kürzung zur Folge hätte, auch in diesem Ausschuss zu beraten?

Die Vorsitzende bejaht diese Frage aus ihrer Sicht.

Herr Schmickler verweist bezüglich der Handhabung auf die politische Freiheit der Ausschussmitglieder. Er könne sich aber daran erinnern, dass beispielsweise personelle Kürzungen in der Bauaufsicht im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts beschlossen worden seien, mit denen sich keineswegs der Planungsausschuss beschäftigt habe, sondern nur der zuständige Personalausschuss.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.